

Die Schweizer Wirtschaft setzt sich für ein Freihandelsabkommen mit den USA ein **SEITE 16**

Ein IS-Anhänger wird nicht ausgeschafft – Medienberichte machten ihn auch im Irak bekannt **SEITE 17**

Doppeladler gefährdet Doppelbürger

Der Fussballverband regt ernsthaft an, die doppelte Staatsbürgerschaft abzuschaffen, doch selbst in SVP-Kreisen wird das heftig kritisiert

ERICH ASCHWANDEN, MICHAEL SURBER

Dass Granit Xhaka, Xherdan Shaqiri und Co. bei einem Länderspiel nicht als Angestellte ihrer Klubs auf dem Rasen stehen, wird spätestens beim Abspielen der Nationalhymne klar. Sehr genau registriert das Fernsehpublikum jeweils, ob die Spieler mit Migrationshintergrund den Schweizerpsalm mitsingen oder nicht. Auf diese Tatsache angesprochen, erklärte Valon Behrami 2015 gegenüber der NZZ: «Wenn die Nationalhymne gespielt wird, singe ich nicht mit. Aber es ist doch ganz normal, dass ich dann andere Emotionen empfinde als einer, der in der Schweiz geboren ist.»

Gefährliche Schnapsidee zur Unzeit

Kommentar auf Seite 13

Der im heutigen Kosovo geborene Fussballer zeigte sich damals enttäuscht darüber, dass ihm und einigen seiner Mitspieler mit solchen Diskussionen mangelnde Loyalität unterstellt wird.

Diplomaten in kurzen Hosen

Doch Doppelbürger in der Nationalmannschaft sind keine normalen Doppelbürger. Sie sind gewissermassen Diplomaten in kurzen Hosen, repräsentieren sie doch ihr (neues) Heimatland vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Aussagen in diesem Zusammenhang bergen daher gewaltiges Sprengpotenzial. Das ist dem Schweizerischen Fussballverband (SFV) sehr wohl bewusst. Umso mehr erstaunt es, dass der SFV-Generalsekretär Alex Miescher in einem Interview in der NZZ am Freitag zusätzlich Öl ins Feuer gegossen hat: «Ganz oben in der Politik müsste man sich vielleicht fragen: Wollen wir Doppelnationalitäten? Oder sollte man sich ab einem gewissen Alter für eine Nationalität entscheiden?»

Erwartungsgemäss hat der Vorschlag am Freitag ein enormes Echo ausgelöst, ist doch die Atmosphäre nach der sogenannten Doppeladler-Affäre im Spiel gegen Serbien besonders angeheizt. Der Tenor auf die Aussage Mieschers in den sozialen Netzwerken fällt quasi einhellig



Granit Xhaka (Mitte) feiert seinen Treffer gegen Serbien mit der umstrittenen Doppeladler-Geste.

LAURENT GILLIERON / KEYSTONE

negativ aus. Auch Roger Federer, Stan Wawrinka und diverse andere erfolgreiche Schweizer Sportler seien Doppelbürger, geben diverse User auf Twitter und Facebook zu bedenken.

Am ehesten könnte man noch erwarten, dass SVP-Vertreter den Fussballfunktionären applaudieren. Immer wieder hat diese Partei in den letzten Jahren nämlich im Nationalrat und in kantonalen Parlamenten gefordert, dass die Schweiz keine neuen Doppelbürgerschaften mehr verleihe. Ausserdem wurde etwa die Loyalität zur Schweiz von Doppelbürgern bei besonderen Stellen wie Grenzwachern und Diplomaten infrage gestellt. Alle diese Angriffe auf dem politischen Parkett wurden klar abgeschmettert. Diese Haltung der Mehrheit sei zwar falsch, aber zu akzeptieren, erklärt der St. Galler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel, der selber einen Vorstoss zu dieser Thematik eingereicht hat.

Für den Vorschlag von Miescher hat er jedoch nur Kopfschütteln übrig: «Biliger und dümmmer geht es nun wirklich nicht mehr. Der Fussballverband lenkt damit davon ab, dass er in Sachen Führung in der Doppeladler-Affäre versagt hat.» Büchel weiss, wovon er spricht, wirkte er doch bei der Sportmarketingfirma ISL und deren Auffangfirma Fifa Marketing AG. Der Verbandspräsident Peter Gilliéron, der Generalsekretär Alex Miescher und der Nationaltrainer Vladimir Petkovic hätten die politische Brisanz und die Stimmung innerhalb der Mannschaft vor dem Spiel gegen Serbien völlig unterschätzt, kritisiert der SVP-Politiker. So hätte Shaqiri nie mit einem Kosovo-Fähnlein auf seinen Schuhen aufs Spielfeld gehen dürfen. «Nun im Nachhinein eine Grundsatzdiskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft anzuzetteln, soll offenbar die eigene Unfähigkeit verdecken», erklärt Büchel.

Tatsächlich hat der Schweizerische Fussballverband in den vergangenen Jahren in Sachen Integration von Doppelbürgern eine ganz andere Strategie angewendet, als er nun zur Diskussion stellt. Spätestens seit den Erfahrungen mit den fussballerischen Ausnahmekönnern Mladen Petric und Ivan Rakitic, die in der Schweiz sozialisiert und ausgebildet wurden, sich dann aber dafür entschieden, für das Heimatland der Eltern, Kroatiens, zu spielen, ist man beim SFV alarmiert.

Bemühen um Doppelbürger

2009 wurde die Schweizer U-17-Auswahl mit einer mit vielen Secondos versehenen Auswahl überraschend Weltmeister. In die Euphorie über den unerwarteten Triumph mischte sich bald schon einmal die Sorge, dass das eine oder andere der verheissungsvollen Talente dereinst für

das Heimatland seiner Eltern spielen könnte. Der SFV versicherte umgehend, er würde sich intensiv dafür einsetzen, dass die zahlreichen Doppelbürger des weltmeisterlichen U-17-Teams auch künftig für die Schweiz spielen würden. «Ottmar Hitzfeld wird persönlich Gespräche mit den Junioren führen», beruhigte der SFV-Präsident Peter Gilliéron damals die besorgte Fussballnation Schweiz. Die jungen Fussballer hatten sich zur Nationalmannschaft zu bekennen.

Von solchen sanften Massnahmen hält Miescher offenbar nur wenig, wie er im besagten Interview durchblicken lässt: «Wir hören viele Versprechungen, und dann sind die Spieler 21-jährig und spielen für ein anderes Land.» Über eine solche Argumentation kann Nationalrat Büchel nur den Kopf schütteln. Man könne keinen Fussballer dazu zwingen, für ein bestimmtes Land zu spielen. «Hingegen wäre es möglich, dass der Fussballverband Klauseln in die Verträge mit jungen Spielern aufnimmt, dass sie eine gewisse Summe zurückzahlen müssen, wenn sie in der Schweiz ausgebildet wurden, aber nicht für unser Land spielen.»

Dass Secondos möglichst für die Schweiz spielen sollen, ist im Verband wohl unbestritten. Offenbar gibt es innerhalb des SFV gar Bestrebungen, talentierte Spieler mit ausländischen Wurzeln schon so früh wie nur möglich an den Schweizer Fussballverband zu binden. Natürlich mit der Hoffnung, nach erfolgter Einbürgerung von dieser frühen Nähe profitieren zu können. Es erstaunt daher nicht, dass Gilliéron in der Vergangenheit wenig Verständnis für die gängige Einbürgerungspraxis in der Schweiz zeigte. 2009 kritisierte er die Schweizer Behörden scharf: «Es wäre gut, wenn die Einbürgerungen für junge Ausländer erleichtert würden. Wir würden schnellere und positivere Einbürgerungsentscheide begrüssen.»

Stein des Anstosses war nicht zuletzt auch die langwierige Einbürgerung von Josip Drmic. Drmic, der mittlerweile in der Schweizer Nationalmannschaft spielt, scheiterte mit seinen ersten zwei Einbürgerungsbegehren in der Schwyzer Gemeinde Freienbach. Erst im dritten Anlauf klappte es für den gebürtigen Kroaten, der im Vorrundenspiel gegen Costa Rica ein Tor schoss, mit dem Schweizer Pass.

Deal auch in der Gesundheitspolitik?

Nationalratskommission will zwei Vorlagen gleichzeitig behandeln

For. Bern · Um die Chancen der Steuerreform zu erhöhen, hat der Ständerat die Vorlage mit der AHV-Reform verknüpft. Ähnliche taktische Überlegungen machen sich nun die bürgerlichen Gesundheitspolitiker im Nationalrat, um die Hürden zur einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Behandlungen zu senken. Dieses Reformvorhaben sieht vor, dass die Kantone künftig nicht mehr nur für Eingriffe im Spital einen Beitrag leisten, sondern auch für Behandlungen beim Hausarzt oder beim Spezialisten. Heute bezahlen die Kantone 55 Prozent der Kosten von stationären Eingriffen, der Rest geht zulasten der Krankenkassen. Im ambulanten Sektor hingegen übernehmen nur die Versicherer Kosten.

Neben den Krankenkassen unterstützen Ärzteschaft und Spitäler die Reform. Sie versprechen sich vom Wegfall der Fehlanreize mehr Effizienz und dadurch eine dämpfende Wirkung auf den Anstieg der Gesundheitskosten. Obwohl ambulante Behandlungen meist günstiger

sind als stationäre, haben die Kassen nur bedingt ein Interesse an einer verstärkten Verlagerung. Dies würde nämlich zu Prämiensteigerungen führen.

Die Forderungen der Kantone

Sehr skeptisch gegenüber der einheitlichen Finanzierung sind die Kantone, die in dieser Frage faktisch eine Vetomacht haben. Dies geht aus einer Stellungnahme vom Freitag hervor. Den Entwurf der Gesundheitskommission lehnen sie ab und fordern eine Neuaufgabe. Sie knüpfen ihre Zustimmung an verschiedene Bedingungen. Ein wichtiges Anliegen der Kantone ist ein griffiges Instrument zur Steuerung der Ärztezahlen. Dazu ist ein Vorschlag des Bundesrats im Parlament hängig. Die Gesundheitskommission des Nationalrats hat nun entschieden, diese Vorlage zusammen mit der einheitlichen Finanzierung zu beraten. Dabei handelt es sich aber nicht um eine formelle Verknüpfung wie

beim Steuerdeal. Dass die Kommission es ernst meint, signalisiert sie, indem sie die noch bis Mitte 2019 gültige befristete Zulassungsbeschränkung um zwei Jahre verlängern will. Mit der parallelen Behandlung, so die Hoffnung der Kommissionmehrheit, ist mit den Kantonen eher ein Kompromiss möglich bei der Vorlage zur einheitlichen Finanzierung. Allerdings wäre mit der Zulassungssteuerung nur eine Bedingung der Kantone erfüllt. So fordern sie zudem, dass sich die Kassen stärker an den Kosten der Langzeitpflege beteiligen.

Das Fuder nicht überladen

Der Kassenverband Curafutura, ein wichtiger Treiber hinter der einheitlichen Finanzierung, stellt sich nicht grundsätzlich gegen das Ansinnen, auch die Pflegefinanzierung neu zu ordnen – doch nicht in dieser Reform. «Damit würden wir das Fuder überladen», sagt der Curafutura-Direktor Pius Zängler.

Neuer Vorschlag zum Steuerkompromiss

Kommission will mehr Bundesgelder und Rentenalter 65

For. Bern · Die Sozialkommission des Nationalrats steht grundsätzlich hinter der vom Ständerat beschlossenen Verknüpfung der Steuerreform mit der AHV-Reform. Sie will jedoch die zusätzlichen Einnahmen für die AHV auf anderen Wegen finanzieren. Statt über zusätzliche Lohnbeiträge, wie es die kleine Kammer entschieden hat, sollen über höhere Bundesbeiträge die jährlich rund 2 Milliarden Franken für die erste Säule finanziert werden. Dazu soll der Anteil des Bundes von heute 19,55 Prozent auf 21,5 Prozent (2020 bis 2024) steigen. Dann sinkt er auf 21 Prozent bis 2029, und ab 2030 soll er noch 20,5 Prozent betragen. Die höhere Bundesbeteiligung begründet die Kommissionmehrheit damit, dass die Bundeskasse von der Unternehmenssteuerreform profitieren werde. Keine Differenz zum Ständerat besteht beim Mehrwertsteuer-Demogra-

fieprozent, das auch die Sozialkommission vollumfänglich der AHV zukommen lassen will.

Zudem will die Kommission das Frauenrentenalter 65 in den Steuerdeal aufnehmen. Die Mehrheit ist der Meinung, es müssten auch strukturelle Massnahmen aufgenommen werden. Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist Teil der vom Bundesrat geplanten AHV-Reform. Bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände befürchten indes, dass diese Massnahme auf die lange Bank geschoben wird, wenn die AHV für einige Jahre finanziell stabilisiert ist. Linke und Gewerkschaften haben bereits kundgetan, für sie sei das Thema vom Tisch.

Die Beschlüsse der Kommission erfolgten sehr knapp mit 13 zu 12 Stimmen. Sie haben den Stellenwert einer Empfehlung (Mitbericht) an die im Geschäft federführende Wirtschaftskommission.